A10: 30 Stellen für bezahlbares Wohnen und Unterstützung von Mieter*innen

Einreichende: Anna Bochmann, Bastian Boehme, Alexandra Dierks, Dido Lea Dimitroff, Helge Eisenberg, Dennis Fröbrich, Natalie Früholz, Robert Gruner, Pierre-Marcelle Hasewend, Leonard Husmeier, Robin Irmer, Leonard Jaenichen, Philippe Janes, Luise Klimesch, Tom Knappstein, Timo Kolfhaus, George Rainov, Julia Rattke, Hannes Reinhardt, Nora Scharbach, Luisa Scherer, Ramona Schmidt, Mai Schmigalle, Benjamin Sittig, Nina Tempelhoff, Kai Tischer, Benni Voigt, Jule Wagner

Unterstützende: Robby Aydin, Petra Ertel, Kilian Fürstenau, Sascha Göttert, Piet Heinrich, Jessica Herrmann, Kevin Idel, Franziska Kage, Leyla Kluge, Florian Luginger, Marthe Melde, Stefan Nagel, Bosse Rosenow, Johannes Schmidt, Nina Treu, Konrad Weiß

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Die Linke Leipzig unterstützt die Forderung des Bürgereinwands zum Haushaltsplanentwurf der Stadt Leipzig: „Die Stadt Leipzig schafft 30 zusätzliche Stellen für die Bekämpfung illegaler Mieten und für die Unterstützung von Mieter*innen rund um das Thema Mieten und plant diese verbindlich im städtischen Haushalt ein. So kann die Stadt rechtswidrige Mietpraktiken konsequent verfolgen, Mieter*innen beraten und für bezahlbares Wohnen sorgen. Wir wenden uns gegen einen Haushaltsplanentwurf, der diese dringend benötigten Stellen nicht vorsieht.“

2. Um eine tatsächliche Besetzung zu gewährleisten, sind neue Stellen ausdrücklich von der Stellenbesetzungsbremse auszunehmen. Etwaige Mehrkosten dürfen nur durch eine Erhöhung des Budgets des Dezernats Soziales, Gesundheit und Vielfalt gegenfinanziert werden, nicht durch Kürzungen in diesen Bereichen.

3. Die Linke Leipzig ruft ihre Mitglieder, Basisorganisationen und Mandatsträger*innen dazu auf, Unterschriften für den Bürgereinwand zu sammeln und an kommenden Kundgebungen im Stadtrat teilzunehmen.

Begründung:

Die Mieten steigen durch die Decke: Das ist das wichtigste kommunalpolitische Thema für Leipziger*innen. Doch die Gesetze, die Mieter*innen vor zu hohen Kosten schützen sollen, werden in Leipzig nicht umgesetzt. Immobilienkonzerne und Vermieter dürfen sich beim Zuhause der Leipziger*innen konsequenzenlos illegal verhalten. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir das Tauziehen gegen die dreistesten und reichsten Immobilienkonzerne und Vermieter der Stadt gewinnen.

Das betrifft nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern alle Mieter*innen der Stadt. Illegal überhöhte Mieten fließen in den Mietspiegel ein und treiben ihn nach oben, solange sie nicht abgesenkt werden. Wer illegale Mieten absenkt, senkt damit die ortsübliche Vergleichsmiete für die ganze Stadt und begrenzt, wie schnell auch alle anderen Mieten weiter steigen

dürfen.

Während 70 Mitarbeiter*innen bei der Stadt Knöllchen für Falschparker verteilen, bearbeitet nur eine einzige Person im Wohnamt die zu hohen Mieten. Sie hat keine Chance, hinterherzukommen. Die Größenordnung folgt dabei der Bedarfsrechnung der Verwaltung selbst: Nach ihrem Fallzeitschlüssel sind allein für diese Aufgabe 16 Stellen nötig, um 1.000 Fälle zu bearbeiten (derzeit sind es schon über 500). Gegen mehr Personal wird häufig angeführt, die Stadt habe dafür kein Geld. Dabei könnten die zusätzlichen Stellen ein Plusgeschäft für die Stadt sein.

Obwohl überhöhte Mieten sehr häufig Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten sind, gab es in Leipzig weder jemals ein Bußgeld noch eine Strafe. Im Gesetz ist eine Geldbuße bis zu 50.000 Euro vorgesehen. Die Strafe muss laut Gesetz den illegalen Gewinn übersteigen und soll abschreckend wirken. Dieser Rahmen muss nur bei einem Bruchteil der Fälle bei Immobilienkonzernen ausgeschöpft werden, um die Kosten fürs nötige Personal im Wohnamt wieder in die Stadtkasse zu spülen. Vor allem aber kommt das Geld dort an, wo es hingehört: In Frankfurt am Main standen in mehreren Jahren rund 100.000 Euro an Bußgeldern rund 200.000 Euro zurückerstatteter Miete gegenüber, im Schnitt rund 6.300 Euro je Mietpartei.

Dazu kommt die weiterführende Beratung und Unterstützung von Mieter*innen. Wenn die Miete z.B. nur 10 bis 20 Prozent überhöht ist, können Mieter*innen sie bislang nur privat in der Auseinandersetzung mit dem Vermieter absenken. Viele trauen sich aber nicht ohne Rechtsschutz in die Auseinandersetzung. Gleiches lässt sich auch für die Abzocke bei Heizkosten oder viele andere Themen feststellen. Der Mieterverein fällt als Anlaufstelle weg, weil er schon länger keine neuen Mitglieder mehr aufnimmt. Deswegen braucht es eine städtische kostenlose Beratungsstelle mit Anwält*innen, die Mieter*innen dabei unterstützen.

Zum Schluss sei noch gesagt: Ein Beschluss allein senkt keine Miete – auch kein großer Bürgereinwand. Was ihn durchsetzt, sind organisierte Menschen, die sich öffentlich hinter eine populäre Forderung stellen und die Entscheidungsträger*innen in der Politik verantwortlich halten. Nimm einen Sammelbogen mit in deine Basisorganisation, sprich deine Nachbar*innen an und komm zu den Kundgebungen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: